Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: Im Haus monatlich 2.50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18696 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM., für Familienanzeigen 0.30 RM., für die Reklamezeile anschließend an den berufspolitischen Teil einer Textzeile 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang | Dresden, Dienstag den 18. Februar 1930 | Nummer 41

Schluß mit der Bünger-Regierung!

Die nationalsozialistischen Kapitalsknechte und ihre Manöver — Sozialdemokratische Koalitionsgelüste

R. R. Dresden, den 17. Februar 1930.

Der von der kommunistischen Fraktion eingereichte Mißtrauensantrag gegen das Bünger-Kabinett hat die Koalitionsparteien durcheinander gebracht und die angeblichen Kämpfer gegen den Youngplan wie die erschreckten Hasen aufgescheucht. Die Bünger-Regierung ist die reaktionärste Interessenvertreterin der sächsischen Industriellen. Sie vollführt die Forderungen der Kapitalisten rücksichtslos. Sie bewilligt die Forderungen auf Betriebsstillegungen. Sie wendet schonungslos und brutal die Polizeigewalt gegen die Erwerbslosen an. Auf der anderen Seite vollführt sie die Politik der Steuerfundungen, um den Kapitalisten und den Hausbesitzern Millionengewinne zuzuschanzen. Die Bünger-Regierung erfüllt also die Aufgabe, die das Kapital in der jetzigen Situation an eine leitende Staatsgewalt stellt. Die Parteien, auf die sich diese Bünger-Regierung stützt, sind die zusammengewürfelte äußerste Rechtsreaktion. Der Leiter der Regierung, der ehemalige Reichsanwalt Bünger, ist aus der Volkspartei. Ihm zur Seite im Kabinett Vertreter der Deutschnationalen und sogenannte unparteiliche Minister. Die Regierung stützt sich auf die Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, der Volkspartei und der Nationalsozialisten, auf die wohlwollende Neutralität der Demokraten und Aufwertler.

Deutschnationale, Wirtschaftsparteiler und Nationalsozialisten präsentieren sich vor der Oeffentlichkeit, insbesondere vor den kleinbäuerlichen, Handwerker- und Arbeiterwählern, als die „Kämpfer" gegen die ausländische Versklavung, gegen den Youngplan.

Die Regierung, die von diesen Parteien gestützt wird, stimmte im Reichsrat für die Annahme des Youngplanes. Die kommunistische Landtagsfraktion nahm diese Gelegenheit wahr, um das demagogische und heuchlerische Manöver dieser Parteien vor der breiten Oeffentlichkeit klarzustellen und brachte einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein. Die kommunistische Fraktion zwang damit die Nationalsozialisten, ihre Maske abzulegen und mit der Ablehnung des Mißtrauensantrages zu bestätigen, daß ihr Geschrei gegen den Youngplan nichts anderes als ein raffinierter Betrug ist.

Die durch den Mißtrauensantrag in die Klemme geratenen Nationalsozialisten gebrauchten einige Zeit, bis sie sich von ihrem Schreck erholten. Nach acht Tagen waren sie soweit, daß sie selbst einen Mißtrauensantrag einbrachten. Sie spekulierten dabei darauf, daß die Kommunisten erklären würden, sie lehnen diesen Mißtrauensantrag ab, um dann von sich aus zu sagen, daß sie nunmehr mit guten Gründen gegen den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmen werden. Die Kommunistische Partei ließ aber keinen Zweifel darüber, daß sie nicht daran denkt, nur ein Manöver zu machen, sondern daß ihr Schlag die Bündergregierung treffen sollte. Sie erklärte deswegen, daß ihre Fraktion für beide, sowohl für den kommunistischen als auch für den nationalsozialistischen Antrag stimme.

Die Sozialdemokraten waren von dem Mißtrauensantrag der Kommunisten ebenfalls überrascht und gerieten in eine unangenehme Lage. Zuerst gingen sie mit Schweigen über den Antrag hinweg. Als sie durch das Tatatengeheul der bürgerlichen Presse, das das Durcheinander im bürgerlichen Lager kennzeichnet, gezwungen waren, Stellung zu nehmen, teilten sie mit, daß sie ebenfalls für den Mißtrauensantrag stimmen würden. Aber ganz im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung, bei der sie immer demagogisch die Forderung erhoben, das Bürgertum solle ihnen die Regierung überlassen, brachten sie jetzt ganz offen ihre Koalitionsgelüste zum Ausdruck. Es ist nicht notwendig, auf alle ihre Meldungen hier einzugehen. Bezeichnend ist die Haltung der „Dresdner Volkszeitung" vom vergangenen Sonnabend, in der Stellung genommen wird zum Beschluß der Volkspartei, die erklärte, daß die im Antrag der Kommunisten gebrachten Gründe keineswegs genügen, „das Land Sachsen einer Linksregierung auszusetzen". Die Volkszeitung antwortet darauf:

> **„Lächerlich ist ja auch die Behauptung von der erneuten Gefahr einer Linksregierung. Das ist so dumm, daß es sich wirklich nicht lohnt, sich darüber mit den Herren der Volkspartei auseinanderzusetzen. Es zeigt das nur die ganze Schwäche, die sich der Volkspartei angesichts der gegenwärtigen Situation bemächtigt hat."**

Das ist das deutliche Angebot zur Großen Koalition und die ganz offene Aufforderung an die Volkspartei, an die Sozialdemokraten zu entsprechenden Verhandlungen heranzutreten.

Am gestrigen Tage veröffentlicht nun die „Sächsisch-böhmische Korrespondenz" Bedingungen der Nationalsozialisten, nach denen sie sich bereit erklären, ihren Mißtrauensantrag zurückzuziehen. Die Erklärung der Kommunisten, auch für den nationalsozialistischen Antrag zu stimmen, hat diese tapferen Helden des Kapitals derart erschreckt, daß sie keine zehnte Minute mehr hatten, weil ihre Auftraggeber ihnen drohen, ihnen die Geldmittel zu entziehen, die sie bisher als getreue Kapitalsknechte zur Verfügung gestellt erhielten. Die Nationalsozialisten stellen deswegen die „Forderung" auf, daß die Bünger-Regierung sich verpflichten soll, wenn der Youngplan nochmals durch den Reichsrat geht, sich der Stimme zu enthalten oder dagegen zu stimmen, wenn das Republikschutzgesetz nochmals durch den Reichsrat geht, dagegen zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten, im übrigen alle wichtigen Entscheidungen vorher im interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien zu besprechen. Es ist ganz klar, diese „Bedingungen" sind von den Regierungsparteien gemeinsam ausgekocht und enthalten die Plattform, auf die die Bünger-Regierung noch einmal „gerettet" werden soll. Es bleibt abzuwarten, ob nach einer solchen Erklärung die Demokraten nicht für den Mißtrauensantrag stimmen werden, aber bei der weiteren Entwicklung stehen die Demokraten im Lager der sich solidarisierenden Diktaturparteien gegen die Arbeiterklasse und die Unterstützung der Bünger-Regierung, selbst nach der Abgabe einer den Bedingungen der Einigung der Regierungsparteien entsprechenden Erklärung, bedeutet nichts Neuerbeten und nichts Neues, sondern entspricht der allgemeinen Haltung der Demokratischen Partei. Darüber muß sich die Arbeiterschaft vollständig klar sein.

Es ist noch nicht abzusehen, ob die Regierung nun morgen endgültig stürzt. Die kommunistische Fraktion wird die Manöver der Nationalsozialisten gründlich zerschlagen. Aber ganz gleichgültig, wie morgen die Abstimmung ausgehen wird, vor der breitesten Oeffentlichkeit sind die Nationalsozialisten als die willigsten Kapitalsknechte gebrandmarkt. Ihre demagogischen Lügen über ihren angeblichen Kampf gegen den Youngplan, ihre demagogischen Lügen über ihren angeblichen Kampf gegen das Bankkapital und gegen das Großkapital sind restlos enthüllt. Die Illusionen ihrer Anhängerschaft zerflogen und noch ein weiteres Ergebnis hat der Antrag gehabt. Die Arbeiterschaft sieht ganz klar, daß die „linken" Sozialdemokraten in Sachsen daran gehen, ihre Manöver abzumildern und die Vorbereitungen zum Eintritt in die Große Koalition zu treffen.

Die Arbeiterschaft wird, ganz gleich wie die Abstimmung ausfällt, ihren Kampf gegen die Regierung verschärfen. Sie hat keineswegs Illusionen, daß durch den Sturz der Bündergregierung eine andere Regierung die Interessen des Proletariats wahrnehmen wird. Für die Arbeiterschaft steht die Aufgabe des außerparlamentarischen Kampfes, die Verschärfung ihres Angriffes und die Vorbereitung des Kampfes um die Macht des Proletariats.

Die Generallinie unseres Kampfes

Zur Tagung der Erweiterten Bezirksleitung Sachsen der KPD am 15. und 16. Februar in Dresden

H. J. Am vergangenen Sonnabend und Sonntag tagte die Engere und Erweiterte Bezirksleitung des Bezirks Sachsen der KPD in Dresden. Die Bedeutung dieser Tagung für die Generallinie der gesamten Arbeit der Partei in der nächsten Zeit verdient eine eingehende Würdigung. Die Tagung nahm sowohl im Referat des Genossen Renner wie in der anschließenden ausführlichen Diskussion und in einer einstimmig angenommenen Resolution zu den wichtigsten politischen Erscheinungen der letzten Zeit im internationalen und im deutschen Maßstab Stellung. Sie überprüfte gleichzeitig die ersten Ergebnisse der durch die Reorganisation für ganz Sachsen einheitlich eingeleiteten Kampagnen. Erfolge wie Mängel dieser Arbeit wurden gründlich untersucht und in kameradschaftlicher Kritik überprüft. Die Entwicklung der allgemeinen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft, die durch das Ende der Hochkonjunktur und die beginnende Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine gewaltige Beschleunigung erfahren hat, bestätigt mit unwiderleglicher Klarheit die Richtigkeit der Analyse der Weltlage, wie sie der 6. Weltkongreß der Komintern, der Wedding Parteitag und das 10. Plenum der Exekutive gezogen haben.

> **Der Traum aller Reformisten, das „amerikanische Wirtschaftswunder", die Theorien vom organisierten Kapitalismus und von der Abschwächung seiner Widersprüche, all das ist durch die tatsächliche Entwicklung schlagend widerlegt worden.**

Die allgemeine Erschütterung der kapitalistischen Weltwirtschaft hat eine ungeheure Verschärfung erfahren durch die revolutionären Bewegungen in den Kolonien, durch die ungeheure Verschärfung des Klassenkampfes in den hochentwickelten Industrieländern, und zeigt sich im schärfsten Aufeinanderprallen der imperialistischen Gegensätze beim Kampf um die Absatzmärkte. Die Bourgeoisie geht in allen Ländern verstärkt zum Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und zu ihrer politischen Unterdrückung über. Aber auf der anderen Seite flößt dieser Angriff in der ganzen Welt auf einen ständig wachsenden, in den Formen des revolutionären Kampfes sich immer höher entwickelnden Widerstand der breitesten Massen.

> **Massenstreiks in allen wichtigen Ländern, Zusammenstöße der kämpfenden Arbeiter mit der bewaffneten Staatsgewalt zeugen von der wachsenden Reife der Bewegung.**

Zur gleichen Zeit, wo die Niedergangstendenz des Weltkapitalismus immer deutlicher in Erscheinung tritt und selbst die bisher davon am wenigsten betroffenen Länder erfaßt, vollzieht sich in der Sowjetunion die welthistorische, in einem beispiellosen Tempo ablaufende

Entwicklung des sozialistischen Aufbaues,

die Kollektivisierung der Landwirtschaft, die Vernichtung des Kulakentums, die Rekonstruktion der sozialisierten Industrie. Die Sowjetunion, die durch den Sieg der Roten Armee über die chinesischen Räubergenerale außenpolitisch eine gewaltige Stärkung erfahren hat, wird von Monat zu Monat in ihrer gesamten

Marschiert am 6. März!

Die sächsischen Industriellen toben

Blaß vor Schrecken sind die Unternehmer über das revolutionäre Kampfbündnis der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern. Die Ortsgruppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller versendet an ihre Mitglieder folgendes Rundschreiben:

„Verband sächs. Industrieller Ortsgruppe Dresden.
NOD 2/30 Reg.-Nr. B/Ne

Dresden-A. 1, den 10. 2. 1930.
Bürgerwiese 24, I.

An die Mitglieder der Ortsgruppe Dresden des Verbandes sächs. Industrieller.

Streng vertraulich.

Sehr geehrte Firma!

Wie Ihnen bekannt ist, ist die Kommunistische Partei augenblicklich wieder auf Anregung von Moskau (!) wieder sehr aktiv tätig, um Unruhen in die innerdeutschen Verhältnisse zu bringen und die nichtkommunistischen Arbeiter durch Demonstrationen und sonstige Aufhetzungen für sich zu gewinnen. Im Hinblick auf das energische polizeiliche Eingreifen gegenüber verbotenen Demonstrationen sollen nach unseren Informationen in Dresden die Kommunisten jetzt eine neue Taktik einschlagen, indem sie unter Vermeidung großer Demonstration im Stadtinnern kurz vor Fabrikschluß plötzlich vor irgend einer Firma kleine Gruppen von 20 bis 30 Mann aufmarschieren lassen, die durch aufhetzende Plakate und sonstige Einwirkung auf die aus den Fabriken kommenden Arbeiter Einfluß im Sinne der Kommunistischen Partei zu nehmen versuchen.

Da die Polizei von derartigen Dingen immer erst sehr spät erfährt, und unter Umständen nicht rechtzeitig eingreifen kann, so besteht die Gefahr, daß sich derartige Ansammlungen gelegentlich einmal sehr unangenehm auswirken und unter Umständen auch für den gerade ausersehenen Betrieb zu Unzuträglichkeiten führen.

Wir richten deshalb an alle unsere Dresdner Mitglieder die Bitte, den Verband sächs. Industrieller sofort zu verständigen, wenn vor dem Betrieb einer Mitgliedsfirma derartige Kundgebungen sich zeigen, und zwar bitten wir bei Anruf des Verbandes (25416) das Referat B zu verlangen, damit von hier aus das weitere veranlaßt werden kann.

Unsere heutige Mitteilung selbst bitten wir im Interesse der Sache als streng vertraulich zu behandeln.

Hochachtungsvoll

Verband sächs. Industrieller Ortsgruppe Dresden.
gez. Mierbke."

Das Schreiben drückt den Schrecken der Ausbeuter, die besorgt sind um ihre Profite, in klarster Weise aus. Sie wollen durch die Polizei das Kampfbündnis der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern um Arbeit und Brot zerschlagen lassen. Das wird ihnen nicht gelingen. Die Arbeitermassen — und das beweist der Aufschrei der Bourgeoisie ganz klar — sind beweglicher in der Anwendung neuer Kampfformen als die Polizei. Die Kapitalisten versuchen jetzt ihre Abteilung B mit der Abteilung B des Polizeipräsidiums offen Hand in Hand zu arbeiten, um so das sich anbahnende Kampfbündnis der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern zu stören. Selbst wenn sie noch so viel Anklagen aus dem Wörterbuch der SPD abschreibt (die Anregungen von Moskau), sie wird erleben, daß

> **am 6. März die Arbeiter aus den Betrieben mit den Erwerbslosen aufmarschieren für die Losungen: Siebenstundentag, 40-Stunden-Woche, Lohnausgleich und Lohnerhöhung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**

Gegen die sozialpolitische Reaktion!

Heute 19,30 Uhr findet ein Informationsabend der Sozialpolitischen Abteilung in den Annensälen statt. Alle Parteiarbeiter, Betriebsräte und Funktionäre der Massenorganisationen müssen teilnehmen.

SLUB
Wir führen Wissen.